

# SITZUNGSNIEDERSCHRIFT

Gremium		
<b>Hauptausschuss</b>		
Sitzungsort <b>Gustav-Heinemann-Schule, Holthausstraße 15, 58332 Schwelm</b>		
Datum <b>20.11.2014</b>	Beginn <b>17:00 Uhr</b>	Ende <b>20:02 Uhr</b>

Zur heutigen Sitzung sind folgende Damen und Herren ordnungsgemäß eingeladen worden und sind anwesend:

## Mitglieder

Bock, Sylvia Dr.	
Bosselmann, Ralf	Vertretung für Herrn Schier
Kick, Hans-Werner	
Philipp, Gerd E.	
Flüshöh, Oliver	
Kampschulte, Matthias	Vertretung für Herrn Rüttershoff
Lusebrink, Hans-Otto	
Müller, Michael	
Stark, Wolfgang	
Gießwein, Brigitta	
Gießwein, Marcel	
Feldmann, Jürgen	
Burbulla, Johanna	
Stutzenberger, Olaf	

## Vorsitzender

Stobbe, Jochen

## stellv. Vorsitzende

Hortolani, Frauke Dr.  
Sartor, Christiane

## Sitzungsteilnehmer/innen von der Verwaltung

Eibert, Peter  
Guthier, Wilfried  
Heringhaus, Petra  
Klos, Karlheinz  
Lethmate, Egbert  
Mollenkott, Marion  
Rudolph, Heike  
Rüth, Christian  
Schweinsberg, Ralf  
Striebeck, Thomas  
Tilly, Horst

Weidner, Gabriele

**Schriftführer/in**

Söhner, Edeltraud

Abwesend:

**Mitglieder**

Schier, Klaus Peter  
Rüttershoff, Heinz-Joachim

Vertretung durch Herrn Bosselmann  
Vertretung durch Herrn  
Kampschulte

Bockelmann, Christian Dr.

## **A Öffentliche Tagesordnung**

- |    |   |            |
|----|---|------------|
| 1  | Eröffnung der Sitzung und Begrüßung durch die/den Vorsitzende/n   |            |
| 2  | Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit  |            |
| 3  | Fragen der Einwohner/innen an Hauptausschuss und Verwaltung   |            |
| 4  | Mitteilungen  |            |
| 5  | Mitteilungen / Anträge des Behindertenbeirates  |            |
| 6  | Bestellung von Schriftführern für den Hauptausschuss  | 243/2014   |
| 7  | Ergänzung der stellvertretenden Ausschussbesetzung im Ausschuss für Umwelt und Stadtentwicklung   | 236/2014   |
| 8  | Neubildung des KAMS und Berufung ausländischer MitbürgerInnen als sachkundige EinwohnerInnen in städtische Ausschüsse   | 244/2014   |
| 9  | Bildung kommunalpolitischer Kommissionen  | 237/2014   |
| 10 | Auskunftspflicht nach § 43 Abs. 3 der Gemeindeordnung und Angaben gemäß § 16 Korruptionsbekämpfungsgesetz - Verfahren und Veröffentlichung -  | 238/2014   |
| 11 | Haushaltssanierungsplan Maßnahme Nr. 11- Energiekosten Straßenbeleuchtung   | 202/2014   |
| 12 | 26. FNP-Änderung (Bereich Blücherstr./August-Bendler-Str.)<br>1. Ergebnis aus der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (1) BauGB<br>2. Ergebnis aus der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (1) BauGB<br>3. Beschluss zur Beteiligung gem. § 3 (2) BauGB und § 4 (2) BauGB | 198/2014/2 |
| 13 | Bebauungsplan Nr. 96 "Historische Brauerei"<br>1. Abwägung und Beschlussfassung aus den Beteiligungen gem. § 3 Abs. 2 BauGB und § 4 Abs. 2 BauGB  | 097/2014/2 |

	2. Beschluss zur erneuten Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 sowie zur erneuten Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB	
14	1. Änderung Bebauungsplan Nr. 92 "Drosselstraße" 1) Ergebnis aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (2) BauGB 2) Ergebnis aus der Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB 3) Beschluss zur erneuten Beteiligung gem. § 3 (2) BauGB und gem. § 4 (2) BauGB	195/2014/2
15	Bebauungsplan Nr. 97 "Südstraße" 1. Ergebnis aus der Beteiligung gem. § 3 (2) BauGB 2. Ergebnis aus der Beteiligung gem. § 4 (2) BauGB 3. Beschluss zur erneuten Beteiligung gem. § 3 (2) und § 4 (2) BauGB	206/2014/2
16	Aufbauorganisation der Stadt Schwelm	234/2014
17	Zentralisierung der Verwaltung - Entscheidungen für eine zukunftsorientierte bürgernahe Verwaltung	247/2014
18	Betrauung der Wirtschaftsförderungsagentur Ennepe-Ruhr GmbH (EN-Agentur) mit Dienstleistungen im allgemeinen wirtschaftlichen Interesse	224/2014
19	Änderung der Richtlinien für die Sportförderung der Stadt Schwelm	129/2014
20	Schulentwicklungsplan 2014	130/2014/1
21	Änderung der Satzung für das Jugendamt Schwelm	139/2014
22	Fortschreibung des Abwasserbeseitigungskonzeptes der Stadt Schwelm 2015 - 2020	113/2014
23	Rufbereitschaft des Ordnungsamtes -Prüfung des Abschlusses einer öffentlich-rechtlichen-Vereinbarung-	100/2014
24	Erhöhung der Bewohnerparkausweisgebühren	258/2014
25	Fragen / Mitteilungen des Ausschusses an die Verwaltung	

# **A Öffentliche Tagesordnung**

## **1 Eröffnung der Sitzung und Begrüßung durch die/den Vorsitzende/n**

Bürgermeister Stobbe eröffnet die Sitzung des Hauptausschusses und begrüßt alle Anwesenden.

## **2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

Anschließend stellt er fest, dass ordnungsgemäß zur Sitzung geladen worden und der Hauptausschuss beschlussfähig sei.

Zur Tagesordnung schlägt er die Aufnahme der nachstehend aufgeführten Tagesordnungspunkte vor:

- neu TOP A 23 - **Vorlage 100/2014** – Rufbereitschaft des Ordnungsamtes - Prüfung des Abschlusses einer öffentlich-rechtlichen-Vereinbarung-
- neu TOP A 24 - **Vorlage 258/2014** - Erhöhung der Bewohnerparkausweisgebühren

Gleichzeitig stellt er im Hinblick auf die im Vorfeld geäußerten Bedenken zur Länge der Tagesordnung anheim, nach Aufruf der jeweiligen Tagesordnungspunkte bei Bedarf Vertagungsanträge zu stellen.

Die Änderung der Tagesordnung wird einstimmig beschlossen.

## **3 Fragen der Einwohner/innen an Hauptausschuss und Verwaltung**

Herr Walter Betz erkundigt sich mit Hinweis auf die seinerzeit aufgehobene Baumschutzsatzung und den von der AGU vorgetragenen Einwänden, ob die Verwaltung versuche, die zum Beispiel im Bereich des Bebauungsplan (BPlan) Südstraße vorhandenen Bäume zu schützen. Dort befinden sich Gehölze, die möglicherweise als erhaltenswert einzustufen seien. Er fragt nach den Kriterien, die für eine solche Einstufung gelten und ob es überhaupt noch möglich sei, in Schwelm Bäume zu schützen. Die zur Beschlussfassung stehende überbaubare Fläche grenze zum Teil an die Gehölze.

Herr Lethmate führt hierzu aus, dass der Fachbereich Stadtentwicklung abwägen musste, ob dem Schutz der Bäume oder der überbaubaren Fläche der Vorrang einzuräumen gewesen sei. Bei der Entscheidung zu Gunsten der überbaubaren Fläche handle es sich um eine zukunftsorientierte Entscheidung.

Im Übrigen habe er inzwischen Gelegenheit gehabt, Herrn Treimer von der AGU seine Auffassung zu erläutern, der dies nach diesem Gespräch ebenso sah.

Auf Nachfrage des Herrn Betz, ob der Investor rein theoretisch die Bäume sofort fällen könnte, bejaht Herr Lethmate dies, weist aber darauf hin, dass der Investor darauf abziele, für ein besseres Ambiente das vorhandene Grün einzubeziehen.

Herr Feldmann schlägt vor, die Bäume unter Schutz zu stellen, wenn sie nicht gefällt werden sollen.

Anschließend erklärt Herr Betz, dass im Bereich der Südstraße aufgrund der Vermutung, dass sich dort Denkmäler befinden, ein Baggerschnitt vorgenommen werde. Er erkundigt sich zum einen, was ein Baggerschnitt sei und zum anderen, ob es sich bei diesem um eine bindende Verpflichtung handle.

Herr Lethmate erläutert, dass das beteiligte Amt für Bodendenkmalpflege und Archäologie aus der Vermutung heraus, dass sich dort Denkmäler befinden könnten, dies vorgeschrieben habe. Die Arbeiten werden von einem Archäologen als Fachmann überwacht, damit keine Bodendenkmäler zu Schaden kommen.

#### **4 Mitteilungen**

keine

#### **5 Mitteilungen / Anträge des Behindertenbeirates**

Herr Eibert informiert, dass die erste Sitzung des Behindertenbeirates stattgefunden habe und in dieser Herr Frank Sprock zum Vorsitzenden und Herr Detlef Wapenhans zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt worden seien.

Des Weiteren war einem Pressebericht vom 14.11.2014 nach dem letzten Sozialausschuss zu entnehmen, dass für einen Seniorenbeirat kein Geld da sei und der Behindertenbeirat 50.000 € koste. Der Vorsitzende des Sozialausschusses habe hierzu bemängelt, dass es in der Sitzung nicht zu einer derartigen Aussage gekommen sei. Aus einer entsprechenden Verwaltungsvorlage von 2013 gehe hervor, dass die Betreuung eines Behindertenbeirates und möglichen Seniorenbeirates in etwa eine halbe Verwaltungsstelle ausmache, deren Kosten um die 50.000 € liegen könnten. Die Verwaltung sei in der letzten Sozialausschusssitzung beauftragt worden, die Kosten genau zu ermitteln.

#### **6 Bestellung von Schriftführern für den Hauptausschuss**

**243/2014**

##### **Beschluss:**

Frau Petra Heringhaus und Herr Ralf Schweinsberg werden zu Schriftführern für den Hauptausschuss bestellt.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

**7 Ergänzung der stellvertretenden Ausschussbesetzung im Ausschuss für Umwelt und Stadtentwicklung**

**236/2014**

**Beschluss:**

Die nachstehend aufgeführte Ausschussbesetzung für den Ausschuss für Umwelt und Stadtentwicklung (AUS) wird beschlossen:

<b>Position im AUS</b>	<b>Bisher</b>	<b>Neu</b>
5. Stellvertretungsposition der CDU-Fraktion	<b>N.N.</b>	<b>Marcel Gemke</b>
6. Stellvertretungsposition der CDU-Fraktion	<b>N.N.</b>	<b>Armin Leibiger</b>

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	<input checked="" type="checkbox"/>
----------------------	-------------	-------------------------------------

Die Abstimmung erfolgte ohne den Bürgermeister.

**8 Neubildung des KAMS und Berufung ausländischer MitbürgerInnen als sachkundige EinwohnerInnen in städtische Ausschüsse**

**244/2014**

**Beschluss:**

Die in der Sitzungsvorlage 244/2014 aufgeführten ausländischen MitbürgerInnen werden für die Legislaturperiode 2014 – 2020 zu Vertrauensleuten im KAMS bestimmt.

Die in der Sitzungsvorlage 244/2014 aufgeführten ausländischen MitbürgerInnen werden als sachkundige EinwohnerInnen mit beratender Stimme in die genannten städtischen Ausschüsse berufen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	<input checked="" type="checkbox"/>
----------------------	-------------	-------------------------------------

**9 Bildung kommunalpolitischer Kommissionen**

**237/2014**

**Beschluss:**

- 1. Die Bildung nachstehender kommunalpolitischer Kommissionen wird beschlossen:**

<b>Bezeichnung</b>	<b>Zusammensetzung</b>
Radwegekommission	Vertreter der Fraktionen, der Verwaltung, der TBS der Polizei sowie fahrradrelevanten Gruppen (z.B.

	Kinderschutzbund, Gymnasium, ADFC- + VCD-EN-Kreis
Spielplatzkommission	Mitglieder des Jugendhilfeausschusses und der Verwaltung

**2. Die nachstehenden in der Vergangenheit durch Ratsbeschluss dauerhaft gebildeten Gremien und ihre jeweilig dazu ergangenen Beschlüssen zur Entschädigung werden bestätigt:**

Bezeichnung	Zusammensetzung	Bemerkungen
Koordinierungskreis Ausländischer Mitbürger Schwelm (KAMS)	Ausländische Mitbürger – Vertreter von Verbänden – Vertreter der Fraktionen – Vertreter der Verwaltung	Erstmalig am 05.05.1972 gebildet – dauerhaftes Gremium, das aufgrund besonderer Wahl nach der Kommunalwahl neu gebildet wird – Entschädigungszahlungen wie Verdienstaustausfall und Sitzungsgeld (§ 10 Hauptsatzung)
Sozialbezirksvorsteher	Vertreter der Sozialbezirke und der Verwaltung	erstmalig in 1947 gebildet – dauerhaftes Gremium – Sitzungsgeldzahlungen aufgrund des Ratsbeschlusses vom 14.12.2000

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	<input checked="" type="checkbox"/>
----------------------	-------------	-------------------------------------

**10      Auskunftspflicht nach § 43 Abs. 3 der      238/2014**  
**Gemeindeordnung und Angaben gemäß § 16**  
**Korruptionsbekämpfungsgesetz - Verfahren und**  
**Veröffentlichung -**

Herr Flüshöh erklärt, dass die Verpflichtung nicht nur für die Rats- und Ausschussmitglieder bestehe, sondern auf der anderen Seite auch für den Bürgermeister.

Er bittet den Bürgermeister zu überprüfen, ob er dieser Aufforderung in den letzten Jahren nachgekommen sei und weist darauf hin, dass in diesem Zusammenhang nach seiner Auffassung – wie bereits seinerzeit erörtert – Abführungspflichten entstehen.

**Beschluss:**

Der Rat beschließt folgendes Verfahren zur Erhebung der Angaben und Veröffentlichung der Daten nach der Gemeindeordnung (GO NRW) und dem Korruptionsbekämpfungsgesetz (KorruptionsbG):



1. Die Auskünfte nach § 43 Abs. 3 GO NRW sowie die Angaben nach § 16 KorruptionsbG werden jährlich durch ein einheitliches Anzeigeverfahren im Wege eines einheitlichen Meldebogens schriftlich gegenüber dem Hauptverwaltungsbeamten erklärt.
2. Die nach § 16 KorruptionsbG von den Mitgliedern des Rates und den sachkundigen Bürgerinnen und Bürgern jährlich zu veröffentlichenden Daten werden dauerhaft über das Ratsinformationssystem auf der Homepage der Stadt Schwelm veröffentlicht. Die Gewähr für die Richtigkeit der Angaben und die Aktualisierung bei Veränderungen liegt bei dem/der Meldepflichtigen.
3. Das Verfahren der Veröffentlichung über das Internet wird einmalig durch öffentliche Bekanntmachung bekannt gemacht, danach wird durch einen Hinweis auf der Homepage publiziert.
4. Von den persönlichen Daten, die nach § 43 Abs. 3 GO NRW zu erklären sind, werden Namen und Anschrift über das Ratsinformationssystem veröffentlicht.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

**11            Haushaltssanierungsplan Maßnahme Nr. 11-  
Energiekosten Straßenbeleuchtung**

**202/2014**

Frau Burbulla teilt mit, dass sie zunächst gerne geklärt hätte, welche Gegenmaßnahmen in den Sanierungsplan eingestellt werden.

Herr Schweinsberg bezieht sich auf die Ausführungen im Finanzausschuss. Er werde konkrete Maßnahmen im Rahmen des Berichtswesens benennen.

Frau Burbulla erklärt, dass sie vor diesem Hintergrund der Vorlage nicht zustimmen könne.

Herr Schweinsberg verweist auf die ihr vorliegende Stellungnahme des Herrn Flocke. In dieser habe er ausgeführt, dass bereits 700 tsd. Kilowattstunden eingespart werden konnten.

Herr Philipp gibt zu bedenken, dass Herr Flocke ebenso auf die Gefahren hingewiesen habe, wenn schlechte Straßen bei Dunkelheit nicht ausgeleuchtet werden.

Frau Burbulla erklärt, dass der Sicherheitsaspekt vollkommen unstrittig sei, aber alternative Mittel benannt werden müssten.

Herr Schweinsberg gibt zu bedenken, dass durch den verstärkten Einsatz von LED-Leuchten bereits eine erhebliche Einsparung erzielt werden konnte. Die genaue Höhe der Einsparung müsse Herr Flocke noch beziffern. Er führt weiter dazu aus, dass unabhängig von der Frage der Deckung die Maßnahme der „Nichtabschaltung“ alternativlos sei.

Herr Flüshöh wendet ein, dass wenn an dieser Stelle Alternativen benannt werden könnten, diese schon längst in der Haushaltssanierungsdiskussion hätten stehen müssen. Eigentlich dürfte es keine Kompensationsmöglichkeiten mehr geben.

Herr Kick hält die Auffassung des Herrn Flüshöh für problematisch, denn danach dürfe die Verwaltung keine Alternativvorschläge mehr unterbreiten, weil sie sich dann stets dem Vorwurf ausgesetzt sehen müsse, diese nicht eher vorgeschlagen zu haben. Ein Plan sei und bleibe ein Plan.

Herr Flüshöh räumt ein, dass sich laufend Veränderungen ergeben, der Unterschied sei hier nur, dass Verwaltung und Politik im Rahmen der Haushaltskonsolidierung bereits seit nunmehr vier Wochen um jede Möglichkeit der Einsparung gerungen haben.

### **Beschluss:**

Die im Haushaltssanierungsplan ausgewiesene Maßnahme Nr. 11 „ Senkung der Sachaufwendungen 12.01.01.528111 – Energiekosten Straßenbeleuchtung“ mit einem jährlichen Volumen von 48.000 € wird nicht weiter verfolgt. Die Verwaltung wird aufgefordert, gemäß den Vorgaben des Stärkungspaktgesetzes die Summe durch geeignete Maßnahmen zu kompensieren.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	8
	dagegen:	1
	Enthaltungen:	8

- 12            26. FNP-Änderung (Bereich Blücherstr./August-Bendler-Str.)            198/2014/2**
- 1. Ergebnis aus der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (1) BauGB**
- 2. Ergebnis aus der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (1) BauGB**
- 3. Beschluss zur Beteiligung gem. § 3 (2) BauGB und § 4 (2) BauGB**

Herr Guthier stellt zunächst bezugnehmend auf eine Fragestellung im Ausschuss für Umwelt und Stadtentwicklung (AUS) klar, was die aktuell gültige Zuständigkeitsordnung der Stadt Schwelm hinsichtlich der Zuständigkeiten in Bauleitplanverfahren regle. Zurzeit seien auch die verfahrensleitenden Beschlüsse vom Rat zu fassen. Für die nächste Änderung der Zuständigkeitsordnung wurde angeregt, von dieser Regelung, die in 2010 aufgrund seinerzeit geltender Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichtes getroffen worden sei, wieder abzusehen, da es diese Rechtslage in der Form nicht mehr gebe.

Herr Flüshöh bedankt sich für die Klarstellung und begrüßt die beabsichtigte Änderung in den Verantwortlichkeiten.

Herr Feldmann äußert Bedenken, da es zum Teil auch von der Relevanz her um wichtige politische Entscheidungen gehe, die seiner Auffassung nach im Stadtrat beschlossen werden sollten.

Herr Schweinsberg entgegnet, dass es nicht um die grundsätzliche Aufstellung eines Bebauungsplanes oder den Beschluss einer Satzung, sondern lediglich um die Verfahrensschritte dazwischen gehe.

### **Beschluss:**

**1. Ergebnis aus der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (1) BauGB**

Die Beteiligung gem. § 3 (1) BauGB fand in der Zeit vom 15.09.2014 bis einschließlich 17.10.2014 statt. Während dieser Zeit gingen keine Anregungen bei der Verwaltung ein.

**2. Ergebnis aus der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (1) BauGB**

Die Beteiligung gem. § 4 (1) BauGB fand in der Zeit vom 15.09.2014 bis einschließlich 17.10.2014 statt. Die während der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange vorgetragene Anregung der AGU Schwelm wird, wie in dieser Vorlage dargestellt, abgewogen.

**3. Beschluss zur Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (2) BauGB und zur Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB.**

Die Verwaltung wird beauftragt, auf der Grundlage des beigefügten Entwurfes (Darlegungskonzept) die Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (2) BauGB durchzuführen. Während dieser Auslegungsfrist (Dauer 1 Monat) wird der Öffentlichkeit Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung gegeben. Die Verwaltung wird beauftragt die Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

- 13      Bebauungsplan Nr. 96 "Historische Brauerei"      097/2014/2**  
**1. Abwägung und Beschlussfassung aus den**  
**Beteiligungen gem. § 3 Abs. 2 BauGB und § 4 Abs. 2**  
**BauGB**
- 2. Beschluss zur erneuten Beteiligung der**  
**Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 sowie zur erneuten**  
**Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger**  
**öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB**

Herr Flühöh bittet, vorhandene Vorschläge vor Übersendung an den Investor zunächst den Fraktionsvorsitzenden zuzuleiten.

## Beschluss :

1. Die während der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (2) BauGB in der Zeit vom 28.04.2014 bis einschließlich 31.05.2015 vorgetragenen Anregungen werden, wie in Ziffer 2. dieser Vorlage dargestellt, abgewogen.
2. Die während der Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB vorgebrachten Anregungen werden, wie in Ziffer 3 dargestellt, abgewogen.
3. Die nach dem Besitzerwechsel des Brauereigeländes vorgetragenen Anregungen des neuen Grundstückseigentümers (Anlage 12 und 13) werden, wie in Ziffer 4 dargestellt, abgewogen.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, auf Grundlage des beigefügten Vorentwurfs (Darlegungskonzept) die erneute Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (2) BauGB für die Dauer von einem Monat durchzuführen.
5. Die Verwaltung wird beauftragt, auf Grundlage des beigefügten Vorentwurfs (Darlegungskonzept) die erneute Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB durchzuführen.
6. „Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem Investor einen städtebaulichen Vertrag über eine attraktive städtebauliche Gestaltung und Nutzung des Brauereigeländes zu entwickeln.“

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

- 14      1. Änderung Bebauungsplan Nr. 92 "Drosselstraße"      195/2014/2**  
**1) Ergebnis aus der Beteiligung der Öffentlichkeit**  
**gem. § 3 (2) BauGB**  
**2) Ergebnis aus der Beteiligung der Behörden und**  
**sonstiger Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2)**  
**BauGB**  
**3) Beschluss zur erneuten Beteiligung gem. § 3 (2)**  
**BauGB und gem. § 4 (2) BauGB**

Frau Gießwein knüpft an die Fragestellung des Herrn Betz zu dem Schutz von Bäumen an. Sie halte es für wünschenswert, wenn die Verwaltung überlege, wie der betroffene Baumbestand trotz aufgehobener Baumschutzsatzung gesichert werden könnte.

Herr Stobbe ist irritiert, da die Baumdiskussion in erster Linie den Bereich der Südstraße betreffe.

Frau Gießwein erklärt, dass ihre Einwände für beide Bereiche gelten.

Herr Schweinsberg bringt in Erinnerung, dass es bei der heutigen Beschlussfassung um die öffentliche Beteiligung gehe und das Anliegen des Baumschutzes als Auftrag vermerkt und ein Gespräch mit der AGU gesucht werde.

Da gerade die Beteiligung der Öffentlichkeit bevorstehe, regt Herr Flühöh an, dass Herr Betz seine Fragestellung verschriftliche und damit eine Eingabe aus der Öffentlichkeit vorliege, die verfolgt werden könne.

Herr Gießwein erklärt, dass es nicht nur um die Eingabe des Herrn Betz gehe, sondern darum, sicherzustellen, dass die Bäume nicht abgeholzt werden. Der einfachste Weg sei, sich vom Investor etwas unterschreiben zu lassen.

Herr Kampschulte hält es ebenfalls für eine gute Lösung, die vorgetragenen Anregungen über das bevorstehende Verfahren aufzugreifen und mit dem Investor eine Regelung zu treffen. Zu der Diskussion hinsichtlich der aufgehobenen Baumschutzsatzung wendet er ein, dass jeder, der der Meinung sei, eine Baumschutzsatzung müsse wieder erlassen werden, dies beantragen könne. Der seinerzeit von der CDU-Fraktion eingebrachte Vorschlag, die Baumschutzsatzung aufzuheben, habe sich seiner Ansicht nach bewährt und nicht zu ursprünglich befürchtetem wildem Abholzen geführt.

Herr Stobbe erklärt, die Anregung zu Protokoll zu nehmen.

Protokollnotiz der Verwaltung:

*Auf Anregung der Fraktion B'90/Die Grünen soll die Möglichkeit eines Schutzes der vorhandenen Bäume im Bauleitplanverfahren geprüft und dargestellt werden, ggf. mit konkretem Abwägungsvorschlag der Verwaltung. Gleichzeitig soll eine Kontaktaufnahme mit dem Grundstückseigentümer mit dem Ziel einer einvernehmlichen Regelung erfolgen.*

**Beschluss:**

1. Das Ergebnis aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (2) BauGB wird zur Kenntnis genommen.
2. Das Ergebnis aus der Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB wird zur Kenntnis genommen. Der vorgetragenen Anregung der AGU-Schwelm wird, wie in dieser Vorlage dargestellt, nicht gefolgt.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, auf Grundlage des beigefügten geänderten Entwurfs (Darlegungskonzept) die erneute Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	15
	dagegen:	1
	Enthaltungen:	1

- 15      Bebauungsplan Nr. 97 "Südstraße"**  
**1. Ergebnis aus der Beteiligung gem. § 3 (2) BauGB**  
**2. Ergebnis aus der Beteiligung gem. § 4 (2) BauGB**  
**3. Beschluss zur erneuten Beteiligung gem. § 3 (2)**  
**und § 4 (2) BauGB**

**206/2014/2**

## **Beschluss:**

1. Das Ergebnis aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (2) BauGB wird zur Kenntnis genommen.
2. Das Ergebnis aus der Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB wird zur Kenntnis genommen. Der Anregung des LWL-Archäologie für Westfalen wird gefolgt, der Hinweis „Bodendenkmäler“ wird um die „vermuteten Bodendenkmäler“ ergänzt. Der vorgetragenen Anregung der AGU-Schwelm wird, wie in dieser Vorlage dargestellt, nicht gefolgt
3. Die Verwaltung wird beauftragt, auf der Grundlage des beigefügten geänderten Vorentwurfs die erneute Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § (2) BauGB und die erneute Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	15
	dagegen:	1
	Enthaltungen:	1

## **16 Aufbauorganisation der Stadt Schwelm**

**234/2014**

Herr Flüshöh erklärt, dass sich die CDU-Fraktion aufgrund der E-Mail über die Vertagungsüberlegungen nicht mit den Themen auseinandergesetzt habe.

Herr Gießwein teilt mit, dass es den Mitgliedern seiner Fraktion ebenso gehe. Darüber hinaus könne er auch auf der Basis der in der Vorlage gelieferten Fakten die Thematik nicht diskutieren und beschließen. Dies bedürfe deutlich weiterer Grundlagen.

Herr Stark beantragt Vertagung.

Abstimmung über den Vertagungsantrag:

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

## **17 Zentralisierung der Verwaltung - Entscheidungen für eine zukunftsorientierte bürgernahe Verwaltung**

**247/2014**

Herr Stutzenberger hält die Formulierung des Beschlussvorschlages für bedenklich. Die Wortwahl, die Verwaltung werde beauftragt, die notwendigen weiteren Projektschritte einzuleiten, vermittele, dass Fakten geschaffen und die Verwaltung bereits beauftragt werde, zu starten. Er benötige hierzu mehr Rahmendaten oder schlage eine entsprechende Umformulierung vor.

Der Bürgermeister weist darauf hin, dass die Formulierung gerade so gewählt wurde und die unter Punkt 2 des Beschlussvorschlages vorgeschlagene Kommission genau diese Rahmendaten schaffen solle.

Herr Stutzenberger wendet ein, dass die Formulierung dies dann auch so klar und deutlich wiedergeben sollte.

Herr Stark erkundigt sich, welche Beträge für 2015 bereits in den Haushalt eingestellt wurden.

Herr Schweinsberg erläutert, dass in 2015 keine Mittel in den Haushalt eingestellt worden seien, da der Rat der letzten Wahlperiode die Verwaltung beauftragt hatte, die „0-Variante“ aufzunehmen. Die Zentralisierung sei lediglich Gegenstand der Haushaltsberatungen.

Herr Flüshöh schlägt als Lösung vor, Punkt 1 des Beschlussvorschlages zu streichen, weist aber gleichzeitig darauf hin, dass man sich aufgrund der bestehenden Termindichte darauf verständigt habe, Arbeitsergebnisse zukünftig nicht mehr in diversen Kommissionen zu erarbeiten. Er sei sicher zur Teilnahme an einem oder vielleicht auch zwei Terminen bereit, um den Status Quo festzulegen, aber zu jedem Projekt eine Arbeitsgruppe zu bilden, sei nicht zu bewältigen.

Herr Gießwein schließt sich den Ausführungen des Herrn Flüshöh an und schlägt vor, der Fraktion DIE BÜRGER, die an der anfänglichen Entstehungsgeschichte nicht beteiligt gewesen waren, nochmals Unterlagen zukommen zu lassen und die Thematik dann im Hauptausschuss zu beraten. Die Formulierung könne bis zum nächsten Sitzungszug entsprechend angepasst werden.

Herr Stutzenberger beantragt die Vertagung der Sitzungsvorlage mit dem Vorschlag, bis zur nächsten Sitzung eine entsprechende Umformulierung zu erarbeiten und diese vorab mit den Fraktionsvorsitzenden abzustimmen.

Abstimmung über den vorgetragenen Antrag:

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

**18      Betrauung der Wirtschaftsförderungsagentur  
         Ennepe-Ruhr GmbH (EN-Agentur) mit  
         Dienstleistungen im allgemeinen wirtschaftlichen  
         Interesse**

**224/2014**

**Beschluss:**

Der Rat betraut die Wirtschaftsförderungsagentur Ennepe-Ruhr GmbH (EN-Agentur) mit der Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse unter Beachtung der EU-beihilferechtlichen Vorgaben gemäß dem als Anlage 1 beigefügten Betrauungsakt für einen Zeitraum von 10 Jahren.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
	dafür	
	dagegen:	
	Enthaltungen:	1

## 19 Änderung der Richtlinien für die Sportförderung der Stadt Schwelm 129/2014

### **Beschluss:**

Die Richtlinien für die Sportförderung der Stadt Schwelm werden wie folgt ergänzt:

1.1.1. Zum Schutz der Kinder und Jugendlichen ist mit den Vereinen und Verbänden eine Vereinbarung über einen Tätigkeitsausschluss von Personen, die wegen einer Straftat gegen die sexuelle Selbstbestimmung rechtskräftig verurteilt worden sind, zu treffen.

Vereinen und Verbänden, die dieser Vereinbarung zur Erbringung des erweiterten Führungszeugnisses nicht nachkommen, werden keine Räumlichkeiten oder Sportanlagen der Stadt zur Nutzung zur Verfügung gestellt.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

## 20 Schulentwicklungsplan 2014

130/2014/1

Herr Philipp leitet ein, dass dem Schulentwicklungsplan (SEP) in der Sitzung des Schulausschusses mit überwältigender Mehrheit zugestimmt worden sei. Dem im Finanzausschuss von einer Mutter vorgetragenen Wunsch, dass alles so bleiben solle wie es ist, könne nicht entsprochen werden. Nach § 80 des Schulgesetzes habe der Schulträger die Schulsituation so zu planen, dass schulische Angebote aller Schulformen und Schularten einschließlich allgemeiner Schulen unter möglichst gleichen Bedingungen wahrgenommen werden können.

Er verweist auf das Schreiben des Märkischen Gymnasiums an alle Fraktionsvorsitzenden. Der Bund habe Gelder abgezogen, Schulsozialarbeiter können nicht mehr beschäftigt werden. Es gebe für die Politik viele zu klärende Aspekte, die Verwaltung und Politik gar nicht alleine lösen könne, sondern Sachverstand hinzuziehen müsse. Er schildert hierzu einige Beispiele. Heute habe Politik die Chance aufgrund der vielen anstehenden Punkte eine Entwicklung in Schwelm einzubringen.

Frau Burbulla schließt sich den Ausführungen des Herrn Philipp an. Im vorliegenden SEP seien einige Punkte aufgeführt, die nicht mehr der Realität entsprechen. Sie sehe viel Handlungsbedarf und würde dem nicht zustimmen können.

Herr Flüshöh gibt zu bedenken, dass wenn der heute vorliegende SEP nicht beschlossen würde, der von 2006 fortgelte, der noch weniger aktuell sei, als der zur Beschlussfassung anstehende.



Im Übrigen stehe es jeder Fraktion frei, zu Themen (so z.B. Sekundarstufe) Fraktionsanträge zu stellen.

Herr Gießwein bedauert, dass sich der laut Überschrift ausgewiesene SEP-Stand von September 2014 im Inneren nicht wiederfinde. Er schlägt vor, dass die Verwaltung die größten Fehler bis zum Rat im Februar 2015 korrigiere und nach erfolgter Beschlussfassung die Grundsatzentscheidungen, die nötig seien, angegangen werden.

Herr Feldmann signalisiert, dass er sich dem Vorschlag der SPD anschließen werde.

Herr Flühöh würde einer Vertagung zustimmen, wendet aber ein, irgendwann einmal zum Ende kommen zu müssen.

Herr Schweinsberg weist darauf hin, dass der SEP im Herbst 2013 entstanden und im Januar 2014 der Politik vorgelegt worden sei. Zu dem Zeitpunkt waren alle Formulierungen weitestgehend korrekt. In der heute vorliegenden Ergänzung seien alle Änderungswünsche aus dem Schulausschuss von September eingearbeitet.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	12
	dagegen:	5
	Enthaltungen:	

**21 Änderung der Satzung für das Jugendamt Schwelm 139/2014**

**Beschluss:**

Die Änderungen der Satzung für das Jugendamt der Stadt Schwelm werden wie im Sachverhalt dargestellt beschlossen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

**22 Fortschreibung des Abwasserbeseitigungskonzeptes der Stadt Schwelm 2015 - 2020 113/2014**

**Beschluss:**

Die Fortschreibung des Abwasserbeseitigungskonzeptes der Stadt Schwelm 2015 bis 2020 wird wie in der Vorlage 113/2014 dargestellt beschlossen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

**23      Rufbereitschaft des Ordnungsamtes -Prüfung des      100/2014**  
**Abschlusses einer öffentlich-rechtlichen-**  
**Vereinbarung-**

Herr Flüshöh bezieht sich auf die Information des Bürgermeisters in der letzten Sitzung des Hauptausschusses, dass keine Nachbarstadt auszumachen war, die mit Schwelm zusammenarbeiten wolle. Er bedauert dies und erklärt den Antrag der CDU-Fraktion damit für erledigt.

Herr Philipp führt an, dass die Ausführungen in der Sitzungsvorlage die tatsächliche Situation gut darstelle und die Möglichkeit gegeben habe, zu erkennen, was insgesamt hinter der Arbeit des Bereitschaftsdienstes stecke und wie immens die Belastung sei. Dies wäre ohne den Antrag der CDU nie derart deutlich geworden.

Herr Flüshöh erklärt, dass dies unbestritten sei, trotzdem aber alle Einsparungsmöglichkeiten geprüft werden müssen. Er stellt sich an verschiedenen Stellen die Frage, warum anderen Städten das gelinge und Schwelm nicht.

Herr Philipp verweist auf die unterschiedlichen Rahmenbedingungen der einzelnen Städte.

Herr Stobbe fasst zusammen, dass von Seiten der Städte Sprockhövel, Gevelsberg oder Ennepetal keine Einsparpotentiale gesehen wurden und dies respektiert werden müsse.

Der Prüfauftrag habe nicht zum gewünschten Ergebnis geführt und sei laut Herrn Flüshöh nunmehr als erledigt anzusehen.

**24      Erhöhung der Bewohnerparkausweisgebühren      258/2014**

**Beschluss:**

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat die Verwaltung zu beauftragen, die zur Zeit gültige Höchstgebühr von 30,70 € jährlich für Bewohnerparkausweise nach Gebührenziffer 265 der GebOST zu erheben.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

Herr Stutzenberger und Herr Müller waren während der Abstimmung nicht anwesend.

**25      Fragen / Mitteilungen des Ausschusses an die**  
**Verwaltung**

Herr Flüshöh bezieht sich auf die Ausführungen im AUS über die Untersuchung der Fläche Am Brunnen im Hinblick auf die dortige Entwicklung eines Gewerbegebietes. In diesen ging es um die Durchführung von Untersuchungen zur Gefährdungsabschätzung. Er habe ein Gespräch mit der Kreisverwaltung führen können, die eine andere Auffassung vertreten als die Notwendigkeit derartiger

Untersuchungen. Er bittet die Verwaltung mit der Kreisverwaltung Kontakt aufzunehmen.

Herr Lethmate teilt mit, dass er ebenfalls mit dem Kreis in Kontakt stehe. 1990 sei seinerzeit bereits eine Untersuchung durchgeführt worden, die jetzt für einen Kostenbeitrag von ca. 1.000 € aktualisiert werden könne. Zudem wäre eine kurze Analyse der 13-Bogen-Brücke für weitere 1.000 € möglich. Dies habe er so mit dem Kreis erörtert.

Herr Gießwein informiert, dass er am vergangenen Mittwoch an der Veranstaltung „Sportkarussell“ teilgenommen habe, in dem das Projekt vom Kreissportbund vorgestellt worden sei. Er bittet den FB 4 sich dringend und schnell um die Angelegenheit zu kümmern.

Des Weiteren hält Herr Gießwein es für erforderlich, im nächsten Ältestenrat zu besprechen, ob Ausschussmitglieder auf eine Frage der Einwohner/innen ausschließlich antworten oder in dem Zusammenhang auch ein Statement abgeben dürfen.

Herr Stobbe merkt an, dass dies in der Geschäftsordnung klargestellt werden sollte.

Herr Bosselmann spricht den Bereich der Bergstraße – Schule Westfalendamm – Südstraße an. Dort sei die Beschilderung noch unverändert, als führe dort täglich der Schulbus. Er erkundigt sich bei der Verwaltung, ob dies so bleibe.

Des Weiteren stehe an der Ausfahrt des Parkhauses in der Schulstraße immer noch das Tempo-30-Schild. Er schlägt vor, an der Ausfahrt ein Zonenschild anzubringen, damit jeder ausfahrende Verkehrsteilnehmer wisse, dass er auf eine Tempo-30-Zone hinausfahre.

Als letztes weist Herr Bosselmann darauf hin, dass sich an der Fußgängerzone sowohl von der Drosselstraße aus, als auch von der anderen Seite aus (Café Adler) keine Beschilderungen mehr über die Lieferzeiten befinden.

Herr Rüth erklärt zur Beschilderung im Bereich der alten Grundschule Westfalendamm – Bereich Bergstraße – Südstraße, dass dies Absicht und so mit den Fachstellen der Polizei und den Technischen Betrieben Schwelm vereinbart worden sei. Man hatte sich darauf verständigt, zunächst den Herbst abzuwarten. Die Schulbushaltestelle werde in nächster Zeit geändert und die anderen Punkte werde er prüfen.

**Antwort der Verwaltung – zum Bereich Ausfahrt Parkhaus Schulstraße:**

*Die Beschilderung wurde überprüft und zwischenzeitlich abgeändert.*

*Auf die Einfahrt in eine Tempo-30-Zone wird hingewiesen.*

**Antwort der Verwaltung – zur fehlenden Beschilderung Fußgängerzone:**

*Gemäß Ratsbeschluss vom 20.03.1997 wurden einerseits die Zufahrtszeiten widmungsrechtlich festgelegt, andererseits bestimmt, dass die Zufahrt zur FUZO im Bereich zwischen der Bahnhofstraße und Drosselstraße nur aus Richtung Römerstraße / Neumarkt und Kirchstraße zugelassen ist.*

Frau Gießwein bittet zukünftig bei Ausschusssitzungen in der Gustav-Heinemann-Schule um ein Sitzkissen, da ihr kalt sei.

Herr Stobbe bringt in Erinnerung, über die Bestuhlung bereits gesprochen zu haben und wird die Angelegenheit nochmal aufgreifen.

Herr Feldmann erkundigt sich zu der öffentlichen WC-Anlage am Neumarkt, ob in Abstimmung mit der Stadt geschehe, dass diese nur zu den Öffnungszeiten des Cafés geöffnet sei.

Herr Striebeck sagt zu, mit dem Pächter zu sprechen.

Zu dem in Aussicht stehenden dm-Markt in der Fußgängerzone und der Frage des Herrn Feldmann, wann dieser eröffnet werde, antwortet Herr Schweinsberg, dass im Schaufenster ein Schild mit dem Hinweis auf Eröffnung im Frühjahr 2015 hänge.

Frau Dr. Hortolani weist darauf hin, dass zwar die letzte Ratssitzung des Jahres im Kreishaus stattfinde, aber bisher keine Einigung erzielt worden sei, nicht mehr in der Sparkasse zu tagen.

Herr Stobbe gibt zu bedenken, dass nicht alle Sitzungstermine dort untergebracht werden können, wo die Verwaltung es gerne möchte. Die Sparkasse habe dort inzwischen viele eigene Termine. Frau Heringhaus sei derzeit in Abstimmung einer weiteren alternativen Möglichkeit. Er werde zu gegebener Zeit weiter berichten.

Unterschriften zu den Seiten 1 bis 21 der Sitzungsniederschrift vom heutigen Tage.

**Unterschrift zur Sitzungsniederschrift, ausgenommen zu TOP B 4, 4.1 und 5:**

Schwelm, den 21.11.2014	Schriftführerin gez. Söhner	Der Bürgermeister gez. Stobbe
-------------------------	-----------------------------------	-------------------------------------

**Unterschrift zur Sitzungsniederschrift zu TOP B 4, 4.1 und 5:**

Schwelm, den 21.11.2014	Schriftführer - 1. Beigeordneter gez. Schweinsberg	Der Bürgermeister gez. Stobbe
-------------------------	--	-------------------------------------